

Danziger Zeitung.

No 16188.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelhagerstraße Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Eine neue Steuerfahne.

Das Ziel der neuen Finanz- und Steuerreform geht angeblich dahin, durch den Ertrag höherer indirecter Steuern die directen Steuern zu ermäßigen und zu erleichtern. In eigentümlicher Beleuchtung wird dieser Zweck durch eine neue Steuermaßregel in Preußen gerückt, welche darauf hinausgeht, bei den directen Steuern eine neue Schraube anzubringen, um dadurch deren Betrag sehr wesentlich zu erhöhen. Die Maßregel geht dahin, sich durch die Steuer-Einschätzungs-Commissionen Material über die Gläubiger der Grundbesitzer zu beschaffen, über die Höhe der von ihnen angelegten Kapitalien und den Zinsfuß, zu dem sie das Geld ausgeliehen haben. Zunächst wurden aus einzelnen schlechten Kreisen Klagen darüber laut, besonders aus dem Kreise Waldenburg. Man glaubte Anfangs, es sei eine nur für diesen Kreis vom Herrn Landrath v. Bieres angeordnete Maßregel. Dann kamen aber auch Klagen über ein ähnliches Verfahren aus anderen Provinzen, und jetzt scheint es, als ob dasselbe auf einer generellen, für ganz Preußen getroffenen Anordnung beruht. Das „Deutsche Reichsblatt“ unterzieht die Angelegenheit einer ausführlichen Besprechung und kommt zu dem Schluss, daß diese Maßregel mit dem Gesetz nicht im Einklange steht. Nach § 10a. des Klassensteuergesetzes vom 10. Mai 1873 ist bei der Einschätzung nicht nur jedes tiefer und jedes lästige Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen zu vermeiden, sondern es heißt in diesem Paragraphen ausdrücklich:

„Die bei dem Einschätzungsgesetz beteiligten Vorsitzenden der Commissionen und sonstigen Beamten sind kraft des von ihnen geleiteten Amtes über die Geheimhaltung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse, welche bei diesem Geschäft zu ihrer Kenntniss gelangen, verpflichtet.“

Die Mitglieder dieser Commission haben deren Geheimhaltung dem Vorsitzenden mittels Handschlages an Gidesstatt zu geloben. Mit dieser gesetzlichen Verpflichtung, welche kein Landrath und kein Minister aufzuheben vermag, steht das Verfahren, welches bei der jetzt eben im Zuge befindlichen Klassensteuer-Veranlagung pro 1887/88 zum ersten Male in Anwendung gebracht wird, die aber nach amtlicher Bekanntmachung künftig alljährlich stattfinden soll, in directem Widerspruch.

Die betreffenden Behörden scheinen sich bei ihrem Vorgehen auf das letzte Alinea des § 28 des Klassensteuergesetzes zu stützen, welches lautet: „Die auf dem Grundbesitz ruhenden Lasten und Steuern, in welchen die Zinsen für hypothekale und andere Schulden werden in Abzug gebracht, müssen jedoch auf Erfordern, und zwar die Schulden unter Angabe des Namens und Wohnortes des Gläubigers sowie des Datums der Schuldurkunde, speciell nachgewiesen werden.“

Also den Grundbesitzern sollen die Schuldenzinsen bei ihrem zur Steuer zu veranlagenden Einkommen in Abzug gebracht werden. Um aber zu verhindern, daß Jemand, um in den Steuern herabgesetzt zu werden, Schulden anlegt, die er nicht hat, soll da, wo die Einschätzungs-Commission Zweifel an der Richtigkeit der ihr gemachten Angaben hegt, sie das Recht haben, Angabe des Namens und Wohnortes des Gläubigers, sowie des Datums der Schuldurkunde zu verlangen. Finanzminister Camphausen hat unterm 3. Januar 1877 eine Instruktion für die Einschätzungs-Commissionen erlassen, in der obige Bestimmung folgende, scharf fiscalische Auslegung erhält:

Helia Rubien.

(Nachdruck verboten.)

Von H. Keller: Jordan.
(Fortsetzung.)

Am anderen Morgen ging Gustav Richter aufgeregt in seinem Zimmer hin und her. Es war Sonntag und das pries er als ein Glück, denn es wäre ihm heute unmöglich gewesen, seine zerfahrenen Gedanken auf einen ernsten Gegenstand zu richten. Er war Abends vorher Belien und Melanie aus dem Theater gefolgt und seine Zähne hatten sich in nicht mehr zu enthaltender Wuth aufeinander gepreßt. Er hatte es sich auf dem Wege vom Theater bis nach St. Pauli hundertmal geschworen, diese Frau zu lassen, sie nie mehr zu sehen und den Rest von Liebe, den er in seinem Herzen trug, zu tödten. Aber trotzdem hatte er nicht einmal die Kraft gehabt, umzukehren und sie wenigstens diesen Abend ihrem Schicksal zu überlassen. Er grollte deshalb mit sich selbst, aber während er es that, ging sein Fuß immer weiter und weiter. Hochlopfender Herzens blieb er in der Nähe des Hauses stehen. Er wollte ja nichts mehr von ihr, gar nichts, nur sich überzeugen, ob Belien mit ihr hinaufgehen würde zum Thee.

Auf dem Rückwege begann er sich schon zu überreden, daß er eigentlich von Melanie zu viel verlange, daß sie eine schöne Frau sei, die die Blicke auf sich zöge, und daß sie ihm ja doch nie voll und schrankenlos gehören dürfe.

Er trat in ein Restaurant und setzte sich an den entlegensten Tisch. Die Zeitung lag vor ihm, er berührte sie nicht. Erst als es Mitternacht war, hob er den Kopf in die Höhe, den seine Hand gestützt hielt, trank seinen Wein und ging nach Hause.

Die Nacht verbrachte er schlaflos. Es war so heiß und in den Straßen so unruhig, es würde besser werden, wenn er sich eine entlegene Wohnung mietten würde, wo kein nächtliches Geräusch seinen Schlaf stören könnte. Alle möglichen Gebilde hatten seine Seele gequält. Er erhob sich dann mit dem festen Vorsatz, heute Melanie's Wohnung nicht zu betreten, trotzdem ihr Mann verheiratet und ein ungehörtes Blaueisenknecht ihm sicher war.

Dieser Sache sollte aber ein Ende gemacht werden. Er wollte in den nächsten Tagen an seinen Onkel schreiben und ihm sagen, daß er zwar nicht in sein Geschäft einzutreten beabsichtige, daß er aber gegen die baldige Verbindung mit seiner Cousine,

a) Nur solche Schulden dürfen berücksichtigt werden, deren wirkliches Bestehen keinem Zweifel unterliegt. Es bedarf daher bei jeder Schuldpost regelmäßiger Angabe des Namens und des Wohnortes des Gläubigers, des Datums der Schuldurkunde und des Prozentsatzes, mit welchem die Schuld zu verzinsen ist.

b) Daß eine Schuld einmal aufgenommen oder daß sie im Grundbuch eingetragen steht, genügt nicht, um ihr Fortbestehen zu erweisen, weil ein zahlungsunfähiger Schuldner bereits gelöschte Schulden ungelöst stehen bleiben. Da der Amt ag auf Föschung geistiger Posten von dem Belieben der Schuldner abhängt und häufig aufgehoben oder ganz unterlassen wird. Es kann daher in jedem Falle in welchem die Abrechnung von Schuldeneinföschung vom Einkommen verlangt wird, neben den vorerwähnten Angaben auch noch die Vorlegung der Zinsentzinsungen aus dem letzten Jahre erforderlich werden.

Die Einschätzungs-Commissionen pflegen diesen Bestimmungen in der Weise nachzukommen, daß sie, wo sie eine Prüfung eintreten lassen wollen, ein Mitglied der Commission dazu deputiren, dem der Steuerpflichtige seine Schuldenverhältnisse durch Vorlegung der betreffenden Schriftstücke nachzuweisen hat, und die Commission entscheidet dann nach dem Berichte ihres Vertrauensmanns, ohne daß die übrigen Mitglieder in die Schriftstücke Einsicht genommen haben. Jedenfalls darf nach § 10 des Klassensteuergesetzes, welches den Commissions-Mitgliedern und „sonstigen Beamten“ unter ihrem Amtsbilde Verschwiegenheit auferlegt, keine Ziffer und keine Silbe von dem Material aus der Commission hinausgelangen.

Und was wird nun durch die neueste Maßregel daraus gemacht? Da hat z. B. Herr Landrath v. Bieres unterm 2. November d. J. eine amtliche Bekanntmachung über die Klassensteuer-Veranlagung erlassen, abgedruckt in Nr. 87 des „Waldenburger Kreisblatts“, wonach bei der jetzigen und den ferneren Veranlagungen nur noch solche Zinsen in Abrechnung kommen sollen, deren Vorhandensein durch Zinsentzinsungen nachgewiesen ist. Also was ein Recht der Einschätzungs-Commission ist, wird ihr zur Pflicht gemacht. „Die auf diese Weise zur Kenntniss der Magisträte, Gemeinde- und Gutsvorstände kommenden Schulden sollen in eine Nachweisung eingetragen werden, wozu ein besonderes, Name, Stand, Wohnort (incl. Angabe des Kreises) des Gläubigers enthaltendes Schema vorgeschrieben ist. Aus diesem Verzeichnis sollen nach einem ebenfalls vorgeschriebenen Formular „Auszüge“ angefertigt werden, in welche aber nur die Gläubiger aus je einer Gemeinde einzutragen sind und die bei jedem Gläubiger die Höhe des ausgeliehenen Kapitals und seine jährliche Zinsentnahme enthalten. Die Schuldennachweisungen sowie diese Auszüge sollen bis zum 1. Dezember beim Landrath eingereicht werden. Der Zweck kann nur sein, daß die Auszüge dazu benutzt werden, als Material bei der Steuer-Einschätzung der Gläubiger oder bei Revision dieser Einschätzung zu dienen. Der Landrath wird die Auszüge, welche Gläubiger aus anderen Kreisen betreffen, entweder direct oder durch Vermittelung der Regierung seinen Kollegen in den betreffenden Kreisen übermitteln. Sonst wäre es ja nur eine Schreibübung für die Gemeindevorstände, womit diese schon über Gebühr belastet sind.“

Mit der vom Gesetz vorgeschriebenen Geheimhaltung der zur Kenntniss der Einschätzungs-Commissionenmitglieder und „sonstigen Beamten“ gelangenden Verhältnisse ist dieses Verfahren natürlich unvereinbar, und nach Zusammentritt des Landtages wird hoffentlich ein freisinniges Mitglied des Abgeordnetenhauses Herrn Finanzminister v. Scholz darüber interpelliren, ob

die ihm schon seit zwei Jahren so zu sagen verlobt war, nichts mehr einzuwenden habe.

Selbstzufrieden mit seiner Stärke und Willenskraft, hüllte er sich in seinen scharlachrothen Blüschenschlafrock, büffelte Haar und Bart vor dem Spiegel und trat in sein anstößendes Gemach.

Das Frühstück stand auf dem Tische. Als er sich demselben näherte, umwobte ihn ein berauschender Ambraduft. Ein feines Briefchen mit bekanntem Monogramm krönte ihn aus.

„Guten Morgen, lieber Gustav! Sie Böser, warum liegen Sie mich gestern Abend vergebens warten? Ist das der Dank für so viel Liebe und Rücksicht? Ach, daß Ihnen die Sterne erzählen könnten, wie meine Augen nach Ihnen ausgehauert, mein Herz sich nach Ihnen gesehnt hat. Ich habe bis nach Mitternacht am Fenster gestanden und mir eingebildet, es müsse eine Gestalt auftauchen unter dem glänzenden Geß der bewußten Eise, eine Gestalt, die nicht schlafen möchte, bevor sie nicht wenigstens ein „Gute Nacht“ da hinauf geblüht zu ihr. Ich muß Sie sprechen, Gustav, und zwar so früh wie möglich. Sie müssen mir helfen eine Schändlichkeit entlarven, wobei ich nur allein Ihnen mein Vertrauen schenken kann. Bis Mittag bin ich für Sie zu Hause, wenn es Ihnen möglich, so trinken Sie Schokolade mit mir. Au revoir!“

Richter warf das Billet, als er es gelesen, ärgerlich auf den Tisch, ging hastig im Zimmer hin und her, nahm es dann wieder auf und las es abermals.

Desmal behielt er es in der Hand.

„Wieder die alte Sirene, die lockt, wenn sie glaubt, daß man ihr entkommt. Warne nur, schöne Melanie, diesmal komme ich nicht und Du wirst wohl gut thun, Baron Belien zum Vertrauten Deiner Intrigue zu machen. Die Sache mit Rubien ist mir so wie so noch nicht ganz klar, und ich bezweifle es sehr stark, daß er an gebrochenem Herzen gestorben ist, weil Du seine Liebe nicht erwidern konntest. Desmal werde ich fest bleiben, schöne Zauberin, gewiß fest!“

Nach den letzten Worten hatte er das Billet noch einmal gelesen, war über die Schwelle des Schlafzimmers geschritten und begann, seinen Schlafrock abwerfend, Toilette zu machen, trotzdem sein Frühstück noch unberührt auf dem Tische stand.

„Mit ihr frühstücken? Wie reizend sie in Halbtoilette sein mag! Ich habe ihr Gesicht nie verführerischer gesehen, als an jenem Morgen, da sie

dieses Verfahren von ihm selbst vorgeschrieben ist oder ob es auf dem Steuererhöhungseifer der ihm untergeordneten Beamten oder Behörden beruht. Es würde doch ein merkwürdiges Licht auf die jetzige Steuerreform werfen, wenn Herr v. Scholz, dessen Ziel die Herabsetzung der directen Steuern ist, selber die Anbringung dieser neuen Steuerfahne angeordnet haben sollte.

Die betroffenen Steuerpflichtigen haben sich vielfach gegen dies neue Verfahren gewehrt, weil sie darin mit Recht eine Schädigung ihres Credits und Geschäfts erblicken. Und die Gläubiger würden, wenn die Maßregel bestehen bliebe, nicht mehr in einheimischen Hypotheken, sondern in anderer Weise ihr Geld anlegen, und der Hypothekenzinsfuß müßte wieder steigen.

Deutschland.

Zur Abänderung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

hatte vor einiger Zeit eine officiöse Correspondenz, es waren die Berliner „Vol. Nachr.“, eine Mittheilung gebracht, wonach schon im Jahre 1881/82 von den Vorständen der Anwaltskammern über eine Revision der Gebührenordnung Gutachten eingefordert und diese bei Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes benutzt worden seien. Bereits am 25. November gaben wir dann in Nr. 16173 der „Danz. Ztg.“ eine Zuschrift der „Voss. Ztg.“ wieder, welche jene Behauptung dahin richtig stellte, daß im Jahre 1881 die Vorstände über ganz bestimmte einzelne Mängel der Gebührenordnung, nämlich die zu hohen Gebühren für Rathsertheilungen und die Ermäßigung der Schreibgebühren, ausdrücklich geäußert worden sind, daß aber damals mit keinem Worte die Absicht, die Vergütung für die Prozeßführung in so erheblicher, die Existenz des Anwaltsstandes geradezu bedrohender Weise herabzusetzen, wie in der gegenwärtigen Vorlage geäußert, angedeutet worden ist.

In dieser Angelegenheit veröffentlicht nun auch die „Juristische Wochenschrift“, das Organ des deutschen Anwaltsvereins, in der Nr. 47/48 vom 2. d. M. folgende Erklärung, um deren Reproduction wir aus Anwaltskreisen ersucht werden.

„Zum Gegenstande betreffend die Abänderung der Rechtsanwalts-Gebührenordnung. Die Tagesblätter enthalten eine Mittheilung, wonach die Vorstände der Rechtsanwaltskammern bereits in den Jahren 1881 und 1882 über die Bestimmungen des Entwurfs geäußert und ein „Entwurf der bezüglichen Gutachten in der „Juristischen Wochenschrift“ veröffentlicht sei. Wir dürfen nicht annehmen, daß die gedachte Mittheilung eine officiöse sei, denn sie ist in der Hauptache unklar und irreführend, wie sich aus den veröffentlichten Gutachten ohne Weiteres ergibt. Derartige Ausstellungen sind nicht geeignet, das durch die bisherigen Nachrichten über den Entwurf und seine Begründung erläuterte Vertrauen des Anwaltsstandes in eine vorurtheilsfreie Würdigung seiner Lage wieder heraufzuheben.“

Daß die gedachte Mittheilung keine officiöse sei, ist, wie gesagt, ein Irrthum; sie befand sich in dem Organ des bekannten Herrn Schweinburg, den „Vol. Nachr.“, am 22. November. Im übrigen ist der Schluss: „weil die Nachricht falsch ist, kann sie nicht officiös sein“, für die Oeffentlichkeit zwar sehr schmeichelhaft, aber doch einigermaßen irthümlich und etwas naiv. Es ist beinahe durchaus nicht alles wahr, was aus officiösen Quellen stammt. Oder ist es nicht noch in frischer Erinnerung, wie bei den letzten Reichstagswahlen die Oeffentlichkeit beharrlich in Abrede stellten, daß neue Gewerbesteuer geplant würden, und wie trotzdem bald nach Zusammentritt des Parlaments ein ganzes

frank auf dem Divan lag und sich ihre blonden Locken aus dem weißen Spitzenhäubchen herauszurümpeln versuchten. Schade, daß ich damals nicht einmal ihre Hand küssen durfte, sondern sie nur flüchtig in der Thür begrüßen konnte.“

Er leste jetzt die Gravatte um seinen tadellos weißen Kragen und besah sich sorgfältig prüfend in dem großen Toilettenspiegel, der neben dem Waschtische stand.

„Wenn ich ihr jetzt schreibe, daß ich nicht komme, wird Belien zu ihr gehen, er wird an ihrer Seite sitzen in dem kleinen himmelblauen Baudoir und wird die seine schlante Hand in der einen halten — er wird —“

Das Billet verschwand jetzt in seiner Brusttasche, er zog seinen silbergrauen Rock an, über den sich Melanie einmal lobend geäußert, goß eine halbe Flasche Esbougnet in sein Taschentuch, nahm seinen spiegelglatten Cylinder vom Nebentische und ging zur Thür hinaus.

Indessen wiegte sich Melanie wirklich in ihrem himmelblauen Cabinet im weißen Spitzen-Deshabille auf ihrer Chaiselongue und erwartete ihn. Um ihre schon vollständig frisirten Locken schlang sich ein feines weißes Gewebe und rahmte kleidsam ihr hübsches Gesicht ein.

Es galt ja heute nicht nur ihn wiederzugewinnen, das wurde ihr niemals schwer, nein, sie wollte auch eine Rache erfinden, um Labinow, gerade so wie gestern Belien, von dem Interesse zu heilen, das beide, wie sie glaubte, für Helia hatten. Richter sollte ihr dazu verhelfen, und deshalb mußte sie heute ganz besonders liebenswürdig sein und ihn zu der Ueberzeugung zurückführen, daß nur er allein der von ihr Bevorzugte sei.

Die Zeit, in welcher er da sein konnte, war längst verstrichen und sie sah geärgert auf die kleine goldene Uhr, die in einem eisernen Etui vor ihr auf dem Tische stand.

„Er wird den Beleidigten spielen, weil ich gestern mit Belien die Treppe herunterkam“, sagte sie gähnend, indem sie ihren Kopf in das blaue Seidentissen des Sophas vergrub. „Er wäre am Ende im Stande, gar nicht zu kommen. Er hat es so schon übel gedeutet, als ich ihm neulich den Vorstoß machte, Carla den Hof zu machen, damit unser Verhältnis weniger auflebe. Trotz aller seiner Blasfheit und nüchternen Lebensanschauung ist er in seiner Verehrung für mich ein Phantast — und das ist es wohl auch, was mich dieselbe so

Bouquet enormer Zollerhöhungen präsentirt wurde? Oder — um noch einen drastischen Fall zu erwähnen — weiß man nicht mehr, wie die Oefficiellen das Zustandekommen der Kaiserentree in Danzig noch bis zu dem Augenblicke leugneten, als schon Ehrenpforten gebaut wurden? Und so könnte man dieses Kapitel noch sehr weit ausführen!

Nicht die Wahrheit, sondern die Taktik führt in gar vielen Fällen den Oefficiellen die Feder!

Die Berliner „National-Zeitung“

wird in der gouvernementalen Presse wieder einmal zu den linksliberalen Blättern gezählt und in dieser Eigenschaft wegen ihrer abfälligen Äußerungen über die Freisinnigen in der Budgetdebatte als angeblicher Beweis angeführt, daß das Aufsteigen der freisinnigen Staatsredner selbst in der linksliberalen Presse „nur verschämte Anerkennung gefunden habe“. Der Casus macht uns lachen. Die heutige „National-Zeitung“ linksliberal? Wer das behauptet, der sagt entweder bewußtlos die Unwahrheit, oder hat die „National-Ztg.“ seit mehr als einem Vierteljahr nicht gelesen. Wir glauben allerdings, daß erstere ist der Fall, wie es bei fast allen den häßlichen Angriffen auf die Freisinnigen in den gouvernementalen Blättern ist.

Anarchistencongress.

Der „Nouveliste“ in Lyon meldet, daß nächstens auf Einladung des Fürsten Krapoffin eine Vereinigung aller Fractionen der Anarchisten zu Chaurdefonds in der Schweiz stattfinden werde. In dieser Versammlung soll der Operationsplan für diejenigen, welche zur Lösung der socialen Frage mit revolutionären Mitteln entschlossen sind, festgestellt werden. Frankreich, Italien und Deutschland werden in dieser Versammlung vertreten sein. Ein besonders zahlreiches Contingent von Anarchisten wird, wie es scheint, das südschweizerische Frankreich stellen, das in beständiger Berührung mit den Emigranten Krapoffins ist, und von denen viele seinerzeit in dem Prozeß, der zu Lyon spielte, eine Verurtheilung erfuhr, der sie sich aber zu entziehen wußten.

Berlin, 3. Dezember. [Aus den Bemerkungen des Staatssecretärs v. Stephan], welche derselbe in der Mittwoch'schen Sitzung über die vom Abg. Richter angeregte Frage der Privatposten gemacht hat, ergibt sich, daß alle Nachrichten, wonach die Postverwaltung beabsichtigen sollte, im Reichstage die Ausdehnung des Postregals auf den Stadtpostverkehr zu beantragen, völlig grundlos gewesen sind. Herr v. Stephan erklärte ausdrücklich, obwohl von gewissen Seiten derartige Gerüchte angeregt worden sei, habe er sich ablehnend verhalten zu müssen geglaubt. Die Postverwaltung bedürfe des Schutzes der Ausdehnung des Monopols in keiner Weise; ihren Schutz finde sie in der Beschaffenheit ihrer Leistungen und in der Vertrauenswürdigkeit ihrer Stellung. Den Ausfall bei einer Herabsetzung des Stadtbriefpostes von 10 auf 5 Pfennige berechnete der Staatssecretär auf 1 1/2 Mill. Mark allein für Berlin. Diefem Ausfalle würde eine entsprechende Vermehrung der Briefe nicht gegenüberstehen, weil diejenigen, die für 5 Pf. schreiben wollten, sich der Postkarten bedienen. Daß die Fernsprechanstalten dem Postverkehr Eintrag thun könnten, wie Herr v. Stephan meint, ist bei den für diese geltenden hohen Sätzen ausgeschlossen. Ferner gab der Staatssecretär eine genaue Auskunft über die bis jetzt beobachteten Wirkungen des neuen Telegraphen-

lange ertragen ließ, ohne zu ermüden. Indessen, seine Eifersüchteleien langweilten mich und sein lächerliches Ausbleiben noch mehr — und sie bog den Arm zurück, so daß der weite Ärmel des Schlafrockes zurückfiel und derselbe in seiner ganzen Fülle sichtbar wurde, schlug auf die Schelle, die vor ihr stand und befahl dem eintretenden Diener ihre Schokolade zu bringen.

Noch ehe dieser jedoch den Befehl vollzogen hatte, vernahm sie Richters wohlbekannten Schritt im anstößenden Salon.

Ein triumphirendes Lächeln glitt über ihr Gesicht.

„Gottlob, daß Sie da sind, lieber Gustav“, rief sie ihm entgegen, indem sie ihren Kopf vom Kissen hob und ihm ihre Hand entgegenstreckte. „Sie haben mir eine schlaflose Nacht bereitet, denn ich konnte mir Ihr plötzliches Verschwinden aus dem Theater nicht anders erklären, als daß Sie krank geworden seien.“

„Sie hatten ja Begleitung, gnädige Frau“, sagte Richter mit erzwungener Kälte, während er sich auf einen Stuhl ihr gegenüber niederließ. „Ich spielte nicht gern den Ueberflüssigen, wie Sie wissen, und wollte Sie des Vergnügens nicht berauben, ungeführt mit dem Baron nach Hause gehen zu können.“

„Aber Sie sind wirklich kindisch, Lieber, kindischer wie ein verliebter Secundaner, der im Stande wäre, sich todzuschießen, weil zufällig seine Angebetete nicht am Fenster stand, als er vorüberging. Seien Sie doch einmal vernünftig, Lieber, und fassen Sie die Sache so auf, wie sie ist. Sollte ich Beliens Begleitung ablehnen, weil er zufällig hinter mir als Sie und der Erste an meiner Logenbühne?“

„Hatten Sie mir denn nicht ganz besonders auf die Seele gebunden, nicht an ihre Logenbühne zu kommen, sondern an der Säule zu warten?“

„Hatte ich das? Nun, dann mußten Sie zum allerwenigsten dort auch zu finden sein, Lieber, aber, selbst mit Hilfe meiner Lognetten vermochte ich Sie nicht zu entdecken. — Aber ich vergebe Ihnen, Gustav, ich bin nicht so engherzig wie Sie, daß reine Bagatellen Zweifel an Ihrem besten Fühlen geben könnten, ich vergebe Ihnen, weil ich es so gerne thue und weil es — mir Bedürfnis ist.“

Die letzten Worte begleitete ein warmer Blick, der sich träumerisch über sein Gesicht ergoß.

(Fortsetzung folgt.)

tarifs. Nach einer über drei Monate aufgestellten Statistik seien in Folge der Einführung der Worttage von 6 Pf. 12,36 Proc. aller Telegramme, d. h. solche von 1—7 Worten, ferner die Telegramme von über 21 Worten oder 7,01 Proc. theurer geworden. Gleich geblieben sei die Tage bei Telegrammen von 8 Worten (8,73 Proc.) und bei Telegrammen zwischen 16 und 20 Worten (9,71 Proc.). Billiger geworden dagegen seien alle Telegramme zwischen 9 und 15 Worten, welche 82,12 Proc. sämtlicher Telegramme ausmachten. Nach einer zweiten Statistik habe sich ergeben, daß in einem ganzen Monat in dem großen Verkehr von Berlin 7 Mark mehr durch die neue Tare eingekommen seien, als wenn die Telegramme nach dem alten Tarif bezahlt worden wären. Die Worttage von 5 Pf. einzuführen, was auch Hr. v. Stephan als das Natürlichste bezeichnet, sei bei der Finanzlage des Reichs nicht thunlich gewesen, da dadurch eine Mindereinnahme von 300 000 Mark herbeigeführt worden wäre, ohne daß irgend ein Ersatz durch Vergrößerung des Telegraphen-Verkehrs in Aussicht gestanden hätte.

* [Die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Cardinal-Staatssecretärs Jacobini] sind nach den der „Germ.“ aus Rom gemachten Informationen sehr übertrieben und die Auslassungen über den eventuellen Nachfolger desselben beruhen auf müßigen Conjecturen. Wahr ist, daß Cardinal Jacobini von seiner Krankheit noch nicht vollkommen genesen ist, allein seitdem er auf seinen Posten zurückgekehrt ist, sucht er allen seinen Verpflichtungen nachzukommen. Und der Papst scheint die Absicht zu haben, ihm die Möglichkeit zu gewähren, einerseits auf seinem Posten zu bleiben, und andererseits noch seine Gesundheit zu pflegen.

* [Wess' Brod ich esse, des' Los ich fage], auf dieses vom gelsenfischer Landrath in den amtlichen Sprachsaal aufgenommene geflügelte Wort hat einmal, erinnert die „Volksztg.“ unser berühmte Statistiker Dr. Engel eine treffende Antwort ertheilt. Der Minister Graf Fritz Eulenburg hielt ihm vor, daß er „des Königs Brod esse“ und dabei liberal wöhle. „Excellenz“, erwiderte der selbstbewußte Mann, „ich dachte immer, ich äße mein Brod, welches ich mit mir selber Arbeit verdiene.“ Engel arbeitete in der That rastlos, durchschnittlich 14 Stunden täglich, und nachts sah man sein Arbeitszimmer erleuchtet. Graf Eulenburg war fortan böse und lud ihn nie mehr zu seinen offiziellen Festen ein.

* [Zur Steigerung der Wollpreise.] Eine Correspondenz macht die geniale Entdeckung, daß die Steigerung der Wollpreise von der Hirschfeldgruppe veranlaßt sei. Sie schreibt: „Diese Gruppe, die kapitalträchtigste vermutlich, die es hienieden giebt, soll sich seit Jahren mittelst reichlicher Vorläufe in den Schaafzuchten in Australien und Argentinien in den Besitz aller dortigen Wollvorräthe gesetzt haben, die sie in der sicheren und wohl begründeten Voraussicht angekauft hat, daß durch ihre eine bedeutende Verminderung der Schaafbestände und in Folge dessen vermehrte Nachfrage nach Wolle, d. h. bessere Preise herbeiführen werden. Dies ist im laufenden Jahre in überraschender Weise eingetreten, da nicht nur in Australien, sondern auch in Südamerika gleichzeitig eine Dürre gebrüht hat, der Millionen von Schafen erlegen sind. Die Gruppe kann ihre billig gekaufte Wolle nunmehr also vergleichsweise theurer an den Markt bringen und thut es auch.“ Die „Bresl. Ztg.“ bemerkt dazu spottend: „Ist dies auch spasshaft, hat es doch Methode.“

* [Gegen die Candidatur Klotz] nimmt natürlich die „Nationalzeitung“ Stellung. Heute bringt sie einen langen Leitartikel in diesem Sinne. Ist das, fragen wir die Gouvernements, etwa auch „linksliberal“ gehandelt?

* [Eine aus religiösem Eifer veranlaßte Entführung] fand in der vorigen Woche ihren Abschluß vor der Strafkammer des Landgerichts zu Essen. Ein Waisenkind im Alter von 11 Jahren, dessen Vater evangelisch, dessen Mutter aber katholisch gewesen, war nach dem Tode der letzteren, welche in zweiter Ehe einen katholischen Mann geheiratet hatte, unter Zustimmung des damaligen katholischen Vormundes von dem Stiefvater in dem katholischen Waisenhaus untergebracht und wurde in der katholischen Religion erzogen. Auf die Beschwerde des evangelischen Vaters verfiel das Amtsgericht zu Werden die Erziehung des Kindes in der evangelischen Religion und ordnete im Einvernehmen mit dem neuernannten evangelischen Vormund die Unterbringung desselben in dem evangelischen Waisenhaus an. Um die Ausführung dieses vormundschaftsgerichtlichen Beschlusses aber unmöglich zu machen, wurde das Kind auf Veranlassung des katholischen Stiefvaters durch den Stiefvater heimlich aus dem katholischen Waisenhaus fortgeschleppt und nach Holland in ein Kloster geschafft. Als die Unternehmung wegen Entführung und Aufstiftung dazu gegen den Stiefvater und den katholischen Pfarrer verhandelt worden, ließen dieselben sich herbei, das Kind zurückzubringen. Ueber den Entführer und den Aufstifter verhängte die Strafkammer eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Hamburg, 2. Dec. Die Hamburger Handelskammer beschloß, einer Meldung der „Nat.-Ztg.“ zufolge, sich dem erwarteten Protest des Berliner Antiksen-Collegiums gegen die Neuerungen des Ministers v. Scholz anzuschließen.

Riel, 2. Dec. Im Kopenhagener „Dagsblad“ wird in einem ausführlichen Artikel über den Nord-Ostsee-Canal die Rentabilität desselben stark in Zweifel gezogen. Ueber die Bedeutung Riels als Handelsplatz nach Eröffnung des Canals bemerkt das Blatt, daß Kopenhagen dadurch schwerlich den dort vielfach befürworteten Abbruch als Zwischenstation von Handel und Schifffahrt zwischen Nordsee und Ostsee erleiden werde. Anders würde sich jedoch die Sache stellen, wenn in oder bei dem vorzüglich gelegenen Riel ein Freihafengebiet angelegt werden würde, für das dann die Vorbedingungen für einen großen Schiffsantriebsplatz vorhanden seien. „Dagsblad“ schließt mit dem Vorschlag, eben, die dadurch drohende Gefahr für Kopenhagen durch Anlegung eines Freihafens und Freihandelsplatzes in der dänischen Hauptstadt abzuwenden. Wir können dem hinzufügen, daß die Riel Stadt- und Handelsvertretung allerdings die Einrichtung von großen Transilligern in Riel bereits ins Auge gefaßt hat.

Wien, 2. Dezember. Die „Politische Correspondenz“ widerspricht der Behauptung, daß Rußland die Candidatur des Prinzen von Mingrelien habe fallen lassen; bisher sei thatsächlich keinerlei Anzeichen dafür vorhanden.

* Ueber eine neue Magyarisierungsmaßregel in Ungarn wird der „Nat.-lib. Correspondenz“ geschrieben: Nachdem gegen das Gesetz in allen deutschen Volksschulen in Ungarn das Magyarisches als zweite Unterrichtssprache eingeführt worden ist, hat der Unterrichtsminister einen weiteren Schritt gethan: er will nun auch die Kindergärten magyarisiren! Ein Erlaß desselben ordnet an, daß hinfür Niemand einen Kindergarten eröffnen und leiten dürfe, der nicht seine Befähigung auch in der magyarischen Sprache dargelegt habe. Sodann müsse in allen Kindergärten mit den Kindern auch magyarisch gesprochen werden, so daß schon das Kind diese

Sprache lerne. Und alle diese erbitternden Maßregeln geschehen in einem Augenblick, wo die innere Betriedigung der Nationalitäten angesichts der orientalischen Krisis eine Lebensfrage für Ungarn ist!

England. London, 1. Dezember. Ueber seine Stellung zur Kirchenstaatsangelegenheit hat sich Gladstone in einem Schreiben an den bekannten Dissidentenprediger Dr. Parker wie folgt ausgesprochen: „Sie haben ganz Recht, vorauszusetzen, daß ich die beständige und edelmüthige Unterstützung, welche ich von Nonconformisten in allen Theilen des Landes so lange empfangen habe, anerkenne und nicht vergessen kann; und auch, daß in meiner Meinung, welche von Tag zu Tag mehr und mehr Erläuterung empfängt, die Staatskirche nicht fortzuhalten kann und sollte, falls sie sich zur Aufrechterhaltung des höheren Lebens der Nation nicht als nützlich erweist.“

London, 2. Dec. Der General-Consul Lascelles in Sofia ist zum Generalen in Bulgarien, der Legations-Secretär O'Connor in Washington zum General-Consul in Sofia ernannt worden. — Dem Vernehmen nach wird das Privatunternehmen zur Aufführung Emin Bey's, der sich noch im Sudan befindet, von der Regierung unterstützt werden. Die demnächst abgehende Expedition wird keinen militärischen Charakter tragen und von Stanley oder Johnston geleitet werden. (W. Z.)

Irland. * [Ueber die Ernennung des Generals Buller] äußert sich ein Organ der Nationalisten: „Man sagt, daß die Ernennung nur temporär ist, bis Änderungen vollendet sind, welche der Stelle nicht nur einen politischen Charakter wiedergeben, sondern auch dem Untersecretär einen Platz im Hause verleihen sollen. Solch ein Arrangement hätte vor zehn Jahren zweifellos sein können, heute ist es nur dazu bestimmt, die Tories mit der Ernennung auszuhebeln. Daß es mit Mißtrauen und Befürchtungen von der anti-nationalistischen und Gutsheeren-Presse angehängt wird, ist an sich selbst ein gutes Zeichen. Die Ernennung kann eine schärfere Handhabung des Gesetzes bedeuten, sie kann alles bedeuten, von einer Verfolgung der Wobchiesler bis zur Einführung von Kriegsgerichten. Aber eines bedeutet sie nicht, die Einführung von wucherischen Pachtzinsen mit der Schärfe des Schwertes, nämlich das, was die irischen Freunde der Regierung gern sehen möchten.“

Bulgarien. Sofia, 2. Dezember. Die aus Grefow, Stailow und Ralichew bestehende Deputation an die Mächte hat heute Vormittag ihre Reise über Belgrad angetreten, wo sich dieselbe einen Tag aufhalten beabsichtigt.

Sofia, 2. Dezember. Es sind, dem „Hamb. Corr.“ zufolge, Verhandlungen eingeleitet worden behufs Ueberlassung französischer Offiziere als Instruente für die bulgarische Armee, besonders für die Militärschule. Sollten die Franzosen ihren Freunden, den Russen, wirklich diesen Kummer antun?

Türkei. Konstantinopel, 2. Dezember. Ein heute eingegangenes russisches Circularsreiben giebt eine geschichtliche Darstellung der Ereignisse in Bulgarien und des Verlaufs der Mission des Generals von Raulbars, bezüglich welcher gesagt wird, daß dieselbe keineswegs mißglückt sei, vielmehr zur Constatirung der Thatsache geführt habe, daß die Ansichten des bulgarischen Volks den Absichten, welche die Macht in Händen hätten, absolut feindlich gegenüberstünden. Das Circular schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die bulgarische Angelegenheit ihre Lösung durch friedliche Mittel finden werde. (W. Z.)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 3. Dezember. Der Reichstag war heute sehr gut besucht. Die Tribünen und auch die Hof- und Diplomatengänge waren überfüllt. Die Hoffnung der Conservativen, daß Fürst Bismarck heute erscheinen werde, erfüllte sich nicht. Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde das Gerücht verbreitet, er werde noch im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen und morgen in die Debatte eingreifen. Unser Correspondent erzählt jedoch, daß der Reichstagskanzler im Laufe der nächsten Tage noch nicht zu erwarten sei, auch sein Befinden in letzter Zeit zu wünschen übrig gelassen habe. Zur Begründung der Vorlage ergreift zunächst (wie schon kurz gemeldet) der Kriegsminister das Wort. Es machte ziemlich im ganzen Hause einen peinlichen Eindruck, daß er die Erledigung der Vorlage vor Weihnachten, d. h. in 14 Tagen verlangte. Ueberall fragte man weshalb? Im Jahre 1880 lagen zwischen der ersten und dritten Lesung 1½ Monate. Als ein Widerspruch war es auch anzufassen, daß der Kriegsminister erklärte, es läge keine acute Kriegsgefahr vor, und daß er dann doch auf größter Dringlichkeit bestand, ferner, daß die Militärvorlage erst wenige Tage vor der Eröffnung des Reichstags beschlossen wurde und jetzt in 14 Tagen fertiggestellt werden soll. Man glaubt nicht, daß das möglich sein wird. Auf den Kriegsminister folgte der Abg. Richter mit einer 1½ stündigen, in ruhigem Tone gehaltenen, viel sachlichen Material enthaltenden Rede. Der Kriegsminister erwiderte dann in kürzerer Rede auf einzelne von Richter vorgebrachte Punkte. Der darauf folgende conservative Graf Salderm-Ahlins blieb ziemlich unvernehmlich, doch kann man sich den Inhalt seiner Rede denken: Er beantragte Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Commission von 28 Mitgliedern. Der letzte Redner war Payer von der Volkspartei. Derselbe bewegte sich in dem größten Theile seiner Rede in der auswärtigen Politik, weil der Kriegsminister gesagt hatte, der Grund zur Einbringung der Vorlage liege in der Entwicklung der auswärtigen Verhältnisse. Er behauptete auch die Vorgänge in Bulgarien und die Zustände in Rußland. Die heutige schwierige Lage suchte er als Folge der Politik vom Jahre 1866 darzustellen und sprach für vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei kürzerer Dienstzeit. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke schon zum 1. April würde die Finanzen der kleineren Staaten zerrütten. — Die Fortsetzung der Debatte erfolgt morgen 12 Uhr.

Der Kriegsminister leitete die Verhandlung mit der Erklärung ein, daß von der Regierung diese Maßregel in Bezug auf Erhöhung, Dauer und Zeitpunkt des Inkrafttretens als zwingend angesehen werde. Trotz seiner Friedenspolitik könne das Reich in absehbarer Zeit in die Lage kommen, in einen Krieg verwickelt zu werden. Es handele sich nicht um eine augenblicklich drohende Gefahr, sonst würde diese Vorlage absolut verfehlt sein. Auf eine solche Gefahr würde die einzige Antwort die Mobilmachung sein. Aber wir befinden uns in einer Epoche, welche gegründete Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht gebe. Der nächste für uns maßgebende Gesichtspunkt müsse die Kriegsmacht Frankreichs sein. Trotz geringer

Bevölkerung stehe es in der Präsenzstärke seiner Armee Preußen voran; damit sei es thatsächlich auch im Besitze einer höheren Kriegsmacht. Er hoffe, daß die Veranlassung gefördert und, ehe der Reichstag in die Weihnachtsferien gehe, zu Ende geführt würde. (Unruhe und Widerspruch links.) Die Kriegsverwaltung habe in Bezug auf die Berechnung der Ausgaben alles gethan, um sowohl die dauernden als auch die einmaligen Ausgaben so niedrig wie möglich festzustellen. Zweifelloser aber sei, daß, wenn die Nothwendigkeit der Erhöhung anerkannt sei, dann auch die notwendigen Summen beschafft werden müßten. Biersack sei in der Presse die Meinung ausgesprochen, als ob es der Regierung nicht recht ernst mit dem Verlangen des Septennats sei. Es sei das Septennat schon eine Concession. Durch alle Reden, die bis jetzt gehalten worden, sei das Wort hindurchgegangen: daß alles das bewilligt werden müßte, was als nothwendig nachgewiesen würde. Redner bittet, bei der Militärvorlage dieses Wort einzulösen und die Vorlage möglichst einstimmig anzunehmen.

Abg. Richter: Alle großen Forderungen für das Heer seien in gleicher Weise, wie bei dieser Vorlage, mit dem Hinweise auf die „notorische“ Lage der europäischen Dinge begründet worden. Ebenso sei es auch schon früher üblich gewesen, auf unsere Nachbarn hinzuweisen, und die panslavistische Presse irre, wenn sie die Behauptung aufstelle, daß jetzt zum ersten Male auch die Verhältnisse der russischen Armee zur Begründung einer Mehrforderung von der deutschen Militär-Verwaltung herangezogen würden. Das einzige, was sich seit dem Besetze des Septennats geändert habe, sei, daß wir in ein wahrhaft freundschaftliches Verhältnis zu unserem südöstlichen Nachbarn getreten seien. Wenn es einen Theil der Politik des Reichskanzlers gebe, der im ganzen deutschen Reich sich unbefristeten, warmen Beifalls erfreue, so seien es seine Bestrebungen, uns Oesterreich-Ungarn immer mehr zu nähern, Bestrebungen, welche im Jahre 1879 zum Abschluß eines Bündnisses geführt haben. Die Auffassung, welche in den Debatten der österreichisch-ungarischen Delegation zum Ausdruck gekommen sei, daß die Interessen beider Staaten identisch seien, diese Auffassung sei in gleichem Maße in diesem Hause verbreitet. (Bravo!) Wie hätte die Kriegsminister auch in den Jahren 1874 und 1880 erklärt, eine imminente Gefahr habe keinen Anlaß zu der Maßregel gegeben. Dann aber brauchten wir auch keine Erhöhung der Heeresstärke, denn die Verfassung gebe der Regierung das Recht, in Fällen, welche eine unmittelbare Kriegsgefahr erforderlich, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen und, ohne den Reichstag zu befragen, Reservisten einzuziehen u. s. w. Der Umstand, daß gegenwärtig sich die Mobilmachungen so schnell vollziehen, ermögliche es, in 8 Tagen die 31 Bataillone und 24 Batterien für den Kriegsfall so bereit zu stellen, wie es auch nach Annahme der Regierungsvorlage der Fall sein könnte, ohne daß eine dauernde Störung des bürgerlichen Lebens eintreten müßte. Nöthigenfalls aber würde Niemand im Hause sich weigern, sofort die nöthigen Hunderte von Millionen zu bewilligen, und das betreffende Gesetz würde alle drei Lesungen ohne Commissions-Berathungen ebenso an einem Tage passieren, wie im Juli 1870.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. begannen heute die Verhandlungen gegen die Vorstandsmitglieder des „Bereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“. Frau Dr. Hoffmann, Frau Stagemann, Frau Apotheker Jhrer, Näherin Jager. Sie sollen in diesem Verein Politik und zwar socialdemokratische getrieben, darin Frauenpersonen aufgenommen und mit Vereinen gleicher Tendenz in Verbindung gestanden haben. Sie hätten bei Vereinen der verschiedensten Behörden, von den Socialdemokraten bis zu den höchsten Anhängern, Unterstützung gesucht. Die Vertheidigung hatte darum etwa 40 Zeugen vorgeschlagen, darunter den Minister v. Pustkammer, den Polizeipräsidenten v. Nitzschow und andere Polizeibeamte, Frau Stöcker, die Abgg. Windthorst, Richter, Major Singer, Singer, den Prediger der freireligiösen Gemeinde Schäfer, den Stadtverordneten Zukauer. Von dem Minister v. Pustkammer ist ein Schreiben eingegangen, in welchem er sich selbst für sein Nichterscheinen auf einen Befehl des Kaisers beruft und im übrigen dem Polizeipräsidenten v. Nitzschow, dem Polizeidirector Krüger und dem Criminalcommissarius Schöne die Erlaubniß, sich in dieser Sache vor Gericht vernahmen zu lassen, verleiht. Seitens der Anklage waren 25 Polizeioffiziere geladen.

Nach der „Voss. Ztg.“ kauft die Reichsregierung an die jetzt geplante Unfallversicherung der Seelente die Erwartung, daß die Redner sich besonders angelegen sein lassen werden, durch sorgfältige Auswahl der Schiffsmannschaften und deren entsprechende Bewaffnung Gefahren zu begegnen, welchen Schiffe und Ladung in fremden, namentlich chinesischen Gewässern durch Seeräuber ausgesetzt sind, und so sich nicht leicht in die Lage zu bringen, den Schatz des Reichs anrufen zu müssen. Aus der Seemannsordnung läßt sich eine solche Verpflichtung der Rheder nicht ableiten.

Mitona, 3. Dezember. Socialistenprozess. Die Verurteilung der 16 wegen der Friedhofs-Demonstration Verurtheilten wurde meistens verworfen. Bei vier der Angeklagten wurde die Strafe auf 6 M. ermäßigt; zwei wurden freigesprochen.

Paris, 3. Dec. Die Deputirtenkammer nahm heute trotz des Einspruchs der Regierung den Antrag Colvaux (links) und Duval (rechts) auf Aufhebung der Unterpräfektenstellen an. Auf Wunsch der Regierung wurde die Sitzung aufgehoben. Darauf versammelten sich die Minister zu einer Berathung im Ministerium des Auswärtigen. In parlamentarischen Kreisen circulirt das Gerücht vom Rücktritt des Cabinets. Dieses Gerücht hat sich bestätigt. Denn eine spätere Meldung besagt:

Die Minister begaben sich heute Nachmittag 5½ Uhr zu dem Präsidenten Grevy und überreichten demselben ihr Entlassungsgesuch.

Danzig, 4. Dezember. * [Marienburg-Weimarer Eisenbahn.] Auf gestern Nachmittag 3 Uhr war die wiederholte (außerordentliche) General-Versammlung der Actionäre dieser Bahn zur endgültigen Beschlußfassung über die bekannte Verstaatlichungs-Offerte in das Rathhaus zu Danzig berufen worden. In derselben waren 25 222 Actien (darunter ca. 11 000 Stammactien) durch ebensoviele Stimmen vertreten. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Herr Damme-Danzig verlas zunächst die Offerte der Staatsregierung vom 22./23. August dieses Jahres und den darauf mit der Staatsregierung vereinbarten definitiven Vertragsentwurf, sowie die in der Versammlung vom 9. November von dem Staats-Commissar abgegebene Erklärung, daß das jetzige Gebot der Regierung ein definitives, unabänderliches sei. Auf eine Interpellation des Herrn Rechtsanwalt Salomonsohn-Berlin gaben darauf die Herren Directoren Schring und Treidtschke nähere

Darlegungen über die zeitliche Lage und die künftigen Aussichten der Marienburg-Weimarer Bahn unter besonderer Beleuchtung der jetzigen Vertheilung und Concurrenz-Verhältnisse. Gegen die Annahme der Verstaatlichungs-Offerte sprach zunächst sehr entschieden Herr Bobstein-Berlin. Die Regierung habe durch ihre Verlebenspolitik die Marienburg-Weimarer Bahn in eine Nothlage gebracht und diese nütze sie aus, indem sie ihr in dieser Situation die Verstaatlichungs-Offerte mache. Redner wünscht, daß man die vorliegende Offerte „vornehm und sans phrase“ ablehne. Ihm secundirten im Laufe der nun folgenden 2½ stündigen und mitunter recht erregten Debatte namentlich die Herren L. Goldfäcker und Jakob Landau aus Berlin, während für die Annahme der Verstaatlichungs-Offerte, an welche sich bekanntlich der Minister nur bis zum 4. Dezember gebunden erklärt hat, sehr eingehend Hr. Rechtsanwalt Salomonsohn-Berlin und die Herren Commerzienrath Rix-Danzig sowie Hr. Max Goldstein-Berlin sprachen. Letzterer beleuchtete in scharfer Weise die tendenziösen Mittheilungen der Berliner Börsenblätter und ihre unrichtigen Nachrichten über die Verammlung vom 9. November und weist die dort gegen die Direction gerichteten Invektiven zurück. Hr. Salomonsohn wünscht eine ruhige und würdige Abfertigung dieser Angriffe und dankt Hrn. Rix-Danzig für dessen angemessene und würdige Ausführungen gegenüber den tendenziösen Darstellungen in der Berliner Börsenpresse. Die Direction verdiene in der That vollen Dank für die große Aufopferung, Geschicklichkeit und Unermüdlichkeit, mit der sie bisher die Geschäfte der Bahn geführt und alles nur Mögliche zu erreichen gestrebt habe. Redner sieht sich aber einem System gegenüber, von dem für die Privatbahnen keine Gunst zu erwarten sei. Da nütze der Unmuth nichts, man müsse mit den Thatsachen rechnen und kühl bleiben. Auch Hr. Goldfäcker, der sonst neben Hrn. Bobstein am entschiedensten die Annahme der vorliegenden Offerte bekämpfte, die er als ein jammervolles Angebot bezeichnete und gegen deren Tendenz er sich mit allen Kräften wehren will, so lange er könne, gab der Anerkennung für die Thätigkeit der Direction rückhaltlos Ausdruck. Diefelbe sei auch bei anderen Bahnen, so z. B. bei der Warschau-Wiener, welcher er näher stehe, hoch angesehen. — Hr. Oberbürgermeister v. Winter beschränkt sich darauf, der Ausrufung eines Vorredners, daß die Staatsregierung „Verationen“ gegen die Bahn übe, mit Nachdruck entgegen zu treten. Allerdings seien die Machtmittel und mit der gesteigerten Concurrenz der Staatsbahnen auch die eigenen Interessen der Staatsregierung erheblich gewachsen. Redner rath, nachdem er hierüber eine kurze nähere Ausführung gegeben, ebenfalls zu kühler Betrachtung der Thatsachen. — Hr. Caspar-Hannover bringt demnachst unter Hinweis auf den bisheriger Gang der Verhandlungen folgenden Vertheilungs-Antrag ein:

„In Ermägung, daß die heutigen Ausführungen der Verwaltung geeignet sind, zur Kenntniß der abwesenden Actionäre gebracht zu werden, wird beschlossen:

I. Die heutigen Verhandlungen zu vertagen und in einer auf den 6. Januar einzuberufenden außerordentlichen General-Versammlung fortzusetzen.

Im Falle der Annahme des Antrages ad I. wird beantragt zu beschließen:

II. Die General-Versammlung erwählt heute eine Commission von drei Mitgliedern, welche im Verein mit Delegirten des Aufsichtsraths versuchen soll, in weiteren Verhandlungen mit der Staatsregierung eine Verbesserung der Staatsofferte zu erzielen und über den Erfolg ihrer Bemühungen der nächsten General-Versammlung zu berichten.“

Gegen die Zulassung dieses Antrages protestirt mit großer Lebhaftigkeit Hr. Bobstein-Berlin. Er wüßte, daß die Versammlung heute die Offerte der Staatsregierung schlankeweg ablehne. Sie sei an ihre Tagesordnung gebunden und dürfe über nichts weiter als Annahme oder Ablehnung der Staatsofferte verhandeln oder beschließen. Hierüber sowie darüber, ob der Vertheilungs-Antrag zur Abstimmung zugelassen, ob der Vorsitzende ausschließlich oder auf dessen Befragen auch die Versammlung zu entscheiden habe, entpinnst sich nun eine längere, energische Geschäftsordnungsdebatte, welche den Vorsitzenden veranlaßt, sich mit dem Aufsichtsrath über die zu. Fragen zu berathen und zu diesem Zweck eine Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen. Der Aufsichtsrath entscheidet sich einstimmig für die Ansicht des Vorsitzenden, daß der Vertheilungs-Antrag zulässig sei und über die Zulassung selbst die Versammlung beschließen solle. Die Herren Bobstein, Rudw. Goldfäcker, Jakob Landau und noch vier andere Actien-Inhaber, welche zusammen ca. 9000 die Verstaatlichung ablehnende Stimmen vertreten, geben nun Protest gegen alle auf die Vertheilung bezüglichen Fragestellungen, gegen den Casparischen Antrag selbst und jeden derartigen Beschluß zu Protokoll und enthalten sich demgemäß der Abstimmung. Alle übrigen 15—16 000 Stimmen erklären sich jedoch für die Zulässigkeit der Vertheilung und mit derselben Stimmenzahl wird hierauf widerpruchlos der obige Casparische Antrag angenommen. In Gemäßheit desselben wählt die Versammlung in die betr. Commission die Herren Caspar-Hannover, Rudw. Goldfäcker und Jakob Landau-Berlin. Letztere beiden behalten sich ihre Erklärung über Annahme der Wahl vor. — Damit schloß um 7½ Uhr die in ihrem Verlauf mitunter etwas dramatisch belebte Versammlung.

* [Steinkistengrab.] Auf dem Gute des Herrn Goldel in Zoppot ist wiederum ein Steinkistengrab mit fünf Urnen, darunter zwei Gefäßurnen, aufgedeckt worden. Der Herr Besitzer hat diesen interessanten Fund dem Provinzial-Museum hierselbst zur Verfügung gestellt.

* [Marine-Uniform.] Die Erlaubniß zum Tragen einer Uniform der Marine, welche aus dieser angesehenen Militärschule durch deren Stellung zur Disposition oder bei deren Verabschiedung ertheilt worden ist oder ertheilt werden wird, beschränkt sich nach einer allerhöchsten Order vom 23. v. M. — ausgenommen diejenigen Personen, welche im politischen Dienst des Reichs wiederangestellt sind — am Lande auf das europäische Gebiet des deutschen Reichs, zur See auf den Aufenthalt an Bord eines Kriegsschiffes. Die Erlaubniß, bei feierlichen Gelegenheiten in Uniform zu erscheinen, erleidet ebenfalls die vorstehend festgesetzte Beschränkung. Für Beamte und Mannschaften des Reichsmarinehandes gelten dieselben Beschränkungen wie für Offiziere.

* [Signalglocke.] Der Herr Regierungspräsident veröffentlicht im heutigen Amtsblatt der hiesigen königl. Regierung Folgendes: „Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an dem Leuchtturm auf der Dinnole zu Neufahrwasser eine Signalglocke angebracht ist, welche zur Kennzeichnung der Hakenfahrt am Tage bei undurchsichtigem Wetter in Zeitintervallen von etwa zwei Minuten durch mindestens zehn kurz aufeinander folgende Schläge geläutet werden wird, wenn Fahrzeuge durch Nebel-Signale zu erkennen geben, daß sie die Hakenfahrt suchen. Die Signalglocke ist bei allen mäßigen Winden mindestens ein Kilometer weit hörbar.“

Druck u. Verlag v. A. Z. in Danzig.